

01.09.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 17/13663 -

**Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und zur
Änderung weiterer Vorschriften**

Berichterstatlerin

Abgeordnete Heike Gebhard

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/13663 - wird unverändert
angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (Drucksache 17/13663) wurde am 19. Mai 2021 vom Plenum zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und an den Integrationsausschuss überwiesen.

Mit diesem Mantelgesetz sind Änderungen am Gesetz zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz NRW – BQFG NRW) sowie an weiteren Vorschriften mit Bezug zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vorgesehen.

B Beratung

Der Gesetzentwurf wurde in der 116. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 9. Juni 2021 erstmals aufgerufen und beraten (Ausschussprotokoll 17/1449). Die Fraktionen im Ausschuss verständigten sich darauf, nach der Beratung offen gebliebene Fragen schriftlich an die Landesregierung zu richten. Der Fragenkatalog wurde am 7. Juli 2021 an die Landesregierung übermittelt. Mit Bericht vom 10. August 2021 beantwortete das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen den entsprechenden Fragenkatalog der Fraktionen (Vorlage 17/5487).

Der mitberatende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat in seiner 120. Sitzung am 11. Juni 2021 entschieden, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Der mitberatende Integrationsausschuss hat sich in seiner 67. Sitzung am 1. September 2021 einstimmig für die Annahme des Gesetzentwurfs ausgesprochen.

In seiner 121. Sitzung am 1. September 2021 hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 17/13663 abschließend beraten und führte eine Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Beschlussempfehlung an das Plenum herbei (Ausschussprotokoll 17/1524).

C Abstimmung

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/13663 - mit den Stimmen aller Fraktionen unverändert zur Annahme.

Heike Gebhard
(Vorsitzende)